

Salle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 158.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Wagnispreis für Halle und Querfurt 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich ausser am. — Gratis-Beilagen: Halle'scher Courer (tägl. Beilagenbeil.), All. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Bands. Mitteilungen, Juchreiter'sche Monatsbeilage, Sächsisches Provinzialblatt, Kinderbeilage (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Wagnisgebühren für die hochgehaltene Kolonialzeitung oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Refusum am Schluß des redaktionellen Teils die Zeit 100 Pfennig. Wagnisannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62.
Telephon 8108 u. 8109; Redaktions-Telephon 8110.
Expeditoren: Dr. Strasser-Neuberg, Halle (Saale).

Sonnabend, 5. April 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt Kurirtel Nr. 6290.
Druck und Verlag von Otto Ziehele, Halle (Saale).

Der Zweck der Uebung.

Die Sozialdemokratie hat niemals den geringsten Zweifel daran gefaßt, daß sie ihren Aufwuchs nur auf den Trümmern des Deutschen Reiches errichten zu können hofft. Ungeheimt brachte der „Vorwärts“ dies am 14. März zum Ausdruck, indem er ohne weiteren Kommentar einen Aufsatz mit den Worten des vor dreißig Jahren verstorbenen Karl Marx schloß:

„Wenn alle inneren Bedingungen erfüllt sind, wird der deutsche Arbeiterkampf verurteilt werden durch das Scheitern des russischen Bannes.“

Und in einem Aufsatz über die große Zeit vor hundert Jahren gab das sozialdemokratische Blatt den Aufwuchs Ausdruck, daß mit dem Verschwinden des letzten Napoleonischen Grenadiers der Fortschritt der Menschheit aus Deutschland abgezogen und die Reaktion mit den Krafen ihren Einzug gehalten habe. Auf dieser Höhe von Selbstgläubigkeit befindet sich selbstverständlich auch die sozialdemokratische Presse in der

Beurteilung der großen Gegenwartsfragen.

Während über dem Anhalt sich immer neue Wolken aufziehen und der Zukunftsnebel der slavischen Welt so deutlich sich vollzieht, daß es gegenüber dieser rings um uns umlagernden Gefahr auch dem Blindsten die Götzen vor den Augen fallen muß, während Frankreich in einer Rüstung dahelft, die das Stärkerverhältnis von 1870 geradezu umgekehrt erscheinen läßt, und es seinem Zweifel unterliegt, daß England auf den europäischen Krieg nur lauert, um unsere wirtschaftliche und politische Nachstellung zu vernichten: in solcher Zeit mag die sozialdemokratische Presse dem gelunden Menschenverstande des deutschen Volkes die Zumutung zu stellen, auf jede Seereschweren zu verzichten und die Führung seiner Geschicke der Weisheit des sozialdemokratischen Parteivorstandes geführten Proletariats zu überantworten.

Glauben denn diese Allernachbesserer, daß Herr v. Bethmann Hollweg aus purem Übermut sich in die staatsrechtlichen Schwierigkeiten der jetzigen Deklamationsreden gestürzt hat oder daß der Kriegsmittler, der noch im vorigen Jahre gelehrt hat, mit seiner Forderung auszukommen, jetzt aus persönlicher Liebhaberei sich den sicherlich nicht ausbleibenden Vorwürfen des Reichstages aussetzt? Man sollte eigentlich doch meinen, daß selbst den einfachen Steinträger, ja selbst den zielbewußten Landjungen vom Humboldtthoren diese politische Weisheit einigermaßen fraglich erscheinen müßte. Aber das ganze Gerede hat eben nur den Zweck, zu verhehlen, und zwar zur höheren Ehre

des alleinseligmachenden Sozialismus.

Mit einem kleinen Bißchen Aufmerksamkeit könnte eigentlich auch die deutsche Sozialdemokratie erkennen, daß die heute ganz Frankreich fieberhaft durchdringende Stimmung gegen Deutschland nicht etwa nur die Heßblätter von Beruf ergreifen hat, sondern bis tief in die Reihen der Sozialdemokratie hinein reicht. Der „Vorwärts“ befindet sich deshalb auf dem hochtrabenden aber denkbaren Solwege, wenn er vor der sozialistischen Produktionsmethode die eine Vorkriegszeit der nationalen Gegenliebe verdrückt. Noch vornehmer aber wirkt es, wenn er trotzdem auch den Gegenwartskampf in den Dienst seiner Bekanntheit stellen zu können glaubt.

„Nicht zuletzt durch den Kampf gegen den heutigen Militarismus, für den die Sozialdemokratie keinen Raum und keinen Grund übrig hat.“

Dah eine solche, über alles Maß hinausgehende Kritik ihrerzeit nur mit dem vom „Vorwärts“ selbst gebrauchten Ausdruck „Verdrücktheit“ zurückgewiesen werden kann, dürfte doch selbst dem einfachen Arbeiter einfallen noch einzuleuchten. Und zum Glück steht ja auch nicht zu befürchten, daß, ausgenommen etwa Herr Winston Churchill, irgend einen vernünftigen Ausländer diese Abschwächungen im geringsten imponieren könnten. Um so notwendiger aber ist es, darauf hinzuwirken, daß

diese sozialdemokratischen Verdrücktheiten

nicht um ein Haar sich unterheben und der gleichen grellen Uebertreibung, in der das Zentralerlebe-Strahlen-Blatt gegen die Beherrschung tagtäglich hegt. In einem dieser Aufsätze wird dargelegt, daß die drohende Vermögensabgabe zur Beförderung der Kinderarbeit führen werde, bis wir den Zustand erreicht haben, unter dem Frankreich seit Jahrzehnten leidet.

Der Ueberschwenglichkeit mag vielleicht gegenüber solcher Abschwächung sich vor ein unflößeres Rästel gestellt glauben. Jedem halbwegs Unterrichteten ist der Zweck dieser rüchellosen Rede ohne weiteres klar. Wenn schon jetzt, nachdem die Vorlagen eben das Licht der Öffentlichkeit erlitten haben, eine solche Sprache geführt wird, so verlohnt das „Berliner Tageblatt“ damit klar erkennen einen doppelten Zweck. Eritens schreibt es „Galtet den Dieb!“, um die Aufmerksamkeit von der Tatsache abzulenkten, daß keine eigenen Kreise, nämlich die leitungsunfähigen Börie, auch in diesem Falle wieder von der großen Volkslast unberührt bleiben. Zweitens verdrückt es sich darüber hinaus eine Erneuerung der Kräfte, wie wir sie bei der Reichsfinanzreformbege von 1900 erlebt haben zum Schaden der deutschen Volksamant-

heit und zum Jubel des sich die Hände reibenden Vöri-liberalismus alias Janjambundes. Dies und nichts anderes ist der Zweck der Uebung.

F. B.

Die Flottendemonstration vor Antivari.

Die Londoner Botschaftervereinigung, die am Freitag tagte, hat bezüglich der Flottendemonstration alles geregelt. Alle Mächte mit Ausnahme von Rußland werden an der Demonstration teilnehmen. Die verschiedenen Schiffe haben den telegraphischen Auftrag erhalten, sich an die montenegrinische Küste zu begeben, um dort eine effektive Blockade zu beginnen, deren Einzelheiten die verschiedenen Schiffskommandanten regeln sollen. Die internationale Flotte wird von dem rangältesten Offizier befehligt werden, der, wie man annimmt, ein Engländer oder ein Desterreicher sein wird. Die nächste Sitzung der Botschaftervereinigung ist auf Dienstag angesetzt.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet aus Cattaro: In der Richtung gegen Antivari sieht man die Kriegsschiffe der Demonstrationflotte. Es sind 12 große Einheiten, davon in erster Reihe die sechs österreichisch-ungarischen Kriegsschiffe, in Keilmann aufgestellt und von der Torpedobootflotte umgeben. Die zwei italienischen Kriegsschiffe sind mehr gegen Süden verankert, neben ihnen drei Torpedobootschiffe und vier Torpedoboots. Weiter entfernt sieht man noch vier andere Schiffe, von denen man aber die Farben der Flaggen nicht unterscheiden kann. Aus allen Schloten steigt dichter Rauch. Die „Mackay“ verließ um 10 Uhr die Formation und freute längs der albanesischen Küste, mit großer Geschwindigkeit zwischen den Torpedobooten manövrierend und bewachend dann am Horizont. Die übrigen Kriegsschiffe blieben zurück.

Eine Niederlage des halstarrigen Montenegroers.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet aus Cattaro: Gestern ist aus Cetinje die Nachricht eingetroffen, daß am Mittwoch am Zaroboj ein großer Kampf stattgefunden habe, bei dem die Montenegroer große Verluste erlitten hätten.

Rußland will kein Doppelpiel getrieben haben.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur erzählt folgendes: Das betreffende Material war Montenegro bereits im Herbst 1911 geschenkt worden, aber von Montenegro nicht rechtzeitig ausgeführt worden. Im Januar dieses Jahres beschloß Montenegro, das ihm gehörige Material auszuführen. Rußland hatte keinelei Beziehung zu diesem Transakt.

Das russische Ministerium des Aeußeren beröfentlicht folgende Note: Rußland verfolgt einen dreifachen Zweck: eritens die Verdrückung Montenegro durch Desterreich zu verhindern, zweitens eine isolierte österreichische Aktion gegen Montenegro zu vermeiden, da eine solche österreichische Aktion sicherlich das Protektorat Desterreichs über Albanien zur Folge haben würde, drittens die Verpflichtung innezuhalten, die Rußland Europa gegenüber übernommen habe.

Uaar deutsche Worte an den Grafen Verchtold.

In einer Wiener Wählerversammlung äußerte sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner über die auswärtige Politik, wie folgt: „Unsere auswärtige Politik hat in der Wiener Bevölkerung eine tiefe Mißstimmung hervorgerufen. (Lebhafte Beifall.) Das Wiener Handwerk verdrückt nicht weiter diese Situation. Unter dieser wirtschaftlichen Depression leiden Tausende. Wenn nicht bald eine Aenderung eintritt, stehen wir vor einer wirtschaftlichen Katastrophe. Ich, der Bürgermeister der Reichshauptstadt, glaube die Verdrückung zu haben, auf der Wallfahrt singurufen: „En tveder — oder!“ (Beifall.) Entweder wir haben ein Interesse an der Selbstständigkeit und Eritzen Albanien, dann muß man es verwirklichen, oder wir haben kein Interesse, dann lassen wir es fallen. Aber dieses Herumschubben dulden wir nicht länger. Ich hab' jetzt halt paar deutsche Worte an den Grafen Verchtold gerichtet.“ (Lebender Beifall, Zwischenrufe: Es ist ein Skandal, ein Verbrechen!)

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 4. April 1913.

Am Regierungstische: Kultusminister Dr. v. Trost zu Solz, Präsident Dr. Graf v. Smerin-Ewig eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Die Beratung des Kultusgesetzes wurde mit den Positionen für die Provinzialhochschulen fortgesetzt.

Hg. Dr. Glauert (Zr.): hat den Minister, die Rektorschulen zu fördern und zu unterstützen.

Bei den Entschloffenheiten für die Universitäten bemerkte Hg. Dr. Kaufmann (Zr.):

In letzter Zeit ist viel über Ausländerstudium auf unseren Universitäten geurteilt worden. Da die Wissenschaft international

ist, so kann eine Zulassung von Ausländern an unseren Universitäten und Hochschulen und umgekehrt nur eine günstige Wirkung haben. Ich erinnere daran, daß durch dieses gegenseitige Kennenlernen ja vielfach Handelsverbindungen angeknüpft worden sind. Das haben wir ja ganz besonders in China und Japan erfahren. Natürlich muß man von den ausländischen Studenten eine Vorbildung verlangen, die auf ähnlicher Höhe wie die unsrige steht. Von diesem Gesichtspunkt ging ja auch der Ministerialerlaß von 1898 aus, wonach nur solche Studenten zu den hiesigen Anstalten zugelassen werden, die eine unfermer Pflanzung ähnliche Prüfung abgelegt haben. Dätten sich die Professoren in Halle an diesen Erlaß gehalten, dann wäre der ganze

Studentenkreis in Halle nicht entstanden. Die Statistik zeigt, daß die Zahl der Ausländer an unseren Universitäten immer wächst. Deshalb wird diese Frage immer wichtig bleiben, der man ernste Aufmerksamkeit schenken muß. Das ganze Gebiet der Versicherungsangelegenheiten sollte auf den Universitäten zusammenfassend behandelt werden, unter Einfluß der sozialen Medizin. Auch die Wissenschaften müßte mehr gepflegt werden. Die Ordinarate dürfen bei den theologischen Fakultäten nicht zu kurz kommen. Ferner möchte ich die Regierung auf die Angelegenheit der christlichen Kunstwissenschaften aufmerksam machen. Dieser möchte ich den Minister bitten, dafür zu sorgen, daß die staatliche Rechte an der Universität Frankfurt in vollem Umfangem genützt werden, und daß politische Parteien auch nicht den geringsten Einfluß bei der Besetzung der Professuren ausüben. Bei den entgeltlichen Verträgen müßte dieser Standpunkt auf das Klarste und entschiedenste fixiert werden. Auf einen Staatszuschuß ist die Universität Frankfurt auf Jahre hinaus nicht angewiesen. (Beifall im Zentrum.)

Hg. v. d. Dren (Soz.):

Ich möchte der Regierung anheim geben, doch vielleicht mehr als bisher die Selbstverwaltung an den Universitäten zu ihrem Rechte kommen zu lassen. Den hochangesehenen Männern, die heute an unseren Universitäten tätig sind, und die uns die ganze Welt bereichert, muß das nötige Maß der Selbstverwaltung und Freiheit gewährt werden, allerdings nur so weit, als das staatliche Interesse und die Gesamtheit nicht etwas anderes verlangt. In diesem Zusammenhang möchte ich in Halle vorgelommenen Ministerkreis bekräftigen. Ich möchte auch namens meiner politischen Freunde dem Bedauern Ausdruck geben, daß es in diesem Falle zu einem unerwünschten akademischen Streit gekommen ist, und die Hoffnung auszusprechen, daß ein solcher Fall einmal und nie wieder in Deutschland vorkommen möge. Allerdings werden wir bei dieser Gelegenheit überlegen müssen, ob nicht gewisse Unterlassungen bis zu einem gewissen Grade als Entschädigung angesehen werden können. Andererseits darf unsere Selbstverwaltung gegen die Ausländer nur soweit gehen, als sie mit unseren nationalen Interessen im Einklang steht. Es hat sich auch hier wieder gezeigt, daß in unserer deutschen und besonders in unserer preußischen Studentenpolitik ein kräftiger Hauch nationalen Geistes weht.

Hg. Dr. Friedberg (Natl.):

Ich bin dem Redner darin bei, daß die Selbstverwaltung der Universitäten gewahrt werden müsse. Des Weiteren wünschte er eine ausgebehendere Umwandlung von Extraordinarien in Ordinarate und schlägt vor, den Titel eines außerordentlichen Ordinarius zu entziehen. Die längeren einzelnen Ausführungen des Redners blieben unerwähnt.

Kultusminister Dr. v. Trost zu Solz:

Die Redner, die bisher zum Unterrichtsamt gesprochen haben, haben unseren Universitäten ihre Anerkennung ausgesprochen. Ich bin ihnen dafür dankbar und glaube, daß es uns aufs angenehmste berühren wird, daß anerkannt worden ist, wie sehr man sich über den Geist, der in unserer Studentenpolitik herrscht, freut. Auch ich bin der Ansicht, daß unsere Universitäten ihre Freiheit in der Verwaltung behalten sollen, daß daneben aber die staatlichen Interessen wahrgenommen werden müssen und daß die staatlichen Interessen und Universitätsinteressen durchaus parallel nebeneinander gehen müssen. Die Frage der Extraordinarien ist hier wiederholt behandelt worden, und ich habe mich bereit erklärt, den Wünschen der Extraordinarien entgegenzukommen; ich habe diesen Worten auch bereits die Tat folgen lassen. Ich bin außerdem im Begriff, noch weitere Wünsche dieser Herren, wenn es geht, zu erfüllen. Die Anregung des Hg. Friedberg, etwa den Titel eines außerordentlichen Honorarprofessors einzuführen, scheint mir der Erwägung wert zu sein. Im übrigen steht die Unterrichtsverwaltung im Einverständnis mit der Finanzverwaltung grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß das Verbot der Aufnahme an den Universitäten durch Ordinarate gebadet werden muß. Das den Wunsch des Hg. Kaufmann wegen neuer Sachschritte für die wissenschaftliche Arbeit, so möchte ich mich freuen, wenn auf diesem Wege weitergeschritten werden könnte. In der Frage der ausländischen Studenten ist mein Standpunkt vom vorigen Jahre her bekannt. Wir müssen daran festhalten, den Ausländern an unseren Universitäten Aufnahme zu erweisen, wie wir es von jeher getan haben, aber selbstverständlich darf diese Aufnahme nicht soweit gehen, daß unsere eigenen Studenten darunter leiden. Dagegen wird Vorzüge getroffen werden müssen, und darauf ist auch die Aufmerksamkeit der Unterrichtsverwaltung dauernd gerichtet. Wir haben schon geeignete Maßnahmen getroffen, und ich sehe augenblicklich in der Prüfung, die noch weitergehende Maßnahmen zu treffen sind, um namentlich als noch mehrgehende Maßnahmen zu beschaffen. Gerade die Zahl der russischen Studenten an unseren Universitäten ist in den letzten Jahren an manchen Stellen so groß geworden, daß man sich fragen muß, ob es noch möglich ist, ihnen in unfer

